

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 25

Köln, den 23. Juni 1933

34. Jahrg.

Reinhold Muchow, Leiter des Organisationsamtes der „Deutschen Arbeitsfront“ und Stellv. NSBO.-Leiter:

Der Neubau der deutschen Arbeiterverbände

Der organisierte Wille der Millionen — Das Ziel: Jeder Arbeitende Mitglied der „Deutschen Arbeitsfront“!

Nur anderthalb Monate ist es her, als am 2. Mai der Nationalsozialismus im Interesse der „freien“, christlichen und sonstigen Gewerkschaftsmitglieder eine Gleichschaltung vornahm, die das Ziel hatte, die organisierten Arbeitnehmer näher an den neuen Staat heranzubringen und mit ihnen endlich gemeinsam die soziale Frage zu lösen. In diesen äußerst arbeitsreichen 45 Tagen haben der Führer und die Mitarbeiter der „Deutschen Arbeitsfront“ sowie die ausgezeichneten Amtswalter der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ Fundament auf Fundament gelegt, um in künftiger zäher Arbeit der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft zu dem ihr zustehenden Recht zu verhelfen, das ihr bisher dank ihrer Zersplitterung und falschen Führung vorenthalten war. Wir können heute sagen, daß das, was wir Nationalsozialisten bis jetzt getan haben, eine gewaltige Vorarbeit für die künftige Standwerdung des entwurzelten „proletarischen“ Menschen darstellt. Eine kommende Geschichtsdarstellung wird diese 45 Tage als die entscheidungsvollste Epoche der Geschichte des deutschen Arbeitertums bezeichnen.

Was ist geschehen? Noch am Nachmittag und bis spät in die Nacht des denkwürdigen 2. Mai hinein, als in Berlin und überall im Reich die Hakenkreuzfahnen auf den Gewerkschaftsgebäuden von der NSBO. gehißt wurden, wurden durch die Verantwortlichen des seinerzeitigen „Aktionskomitees zum Schutz der Deutschen Arbeit“ in Besprechungen die Grundlagen festgelegt, wie die große Einheit aller ehrlich schaffenden Deutschen geschaffen werden soll. Nach einigen Tagen emigrierter Arbeit — Korruptionsfall über Korruptionsfall wurde inzwischen bei den marxistischen Gewerkschafts-„führern“ entdeckt — ging aus dem „Aktionskomitee“ die „Deutsche Arbeitsfront“ hervor, die sich eine Arbeiter- und Angestellten säule schuf. Die Christlichen Gewerkschaften, Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine, sonstigen neutralen Vereinigungen sowie alle Angestellten-Gewerkschaften erklärten ihre freudige Mitarbeit innerhalb der „Deutschen Arbeitsfront“. In wenigen Tagen war eine Millionenarmee von schaffenden Menschen — obwohl geistig und politisch von verschiedenster Herkunft — äußerlich geeint; ein langgehegter Traum schien sich erfüllt zu haben. Trotzdem war sich die Leitung der „Deutschen Arbeitsfront“ als nunmehrige Dachorganisation aller Verbände nicht eine Minute im Zweifel, daß die eigentliche Hauptarbeit noch vor ihr liegt. Nämlich die durch nicht überstürzte, dafür aber organische Arbeit zu schaffende geistig-willensmäßige und organisatorische Einheit der Millionenmasse der Arbeitenden im Sinne der siegreichen nationalsozialistischen Weltanschauung. Auch darüber herrschte bei den Verantwortlichen der „Deutschen Arbeitsfront“ kein Zweifel, daß das praktisch eine ungemein schwere, dafür aber auch bei erfolgter Durchführung gewaltige und segensreiche Aufgabe ist. Da Nationalsozialisten kein „Unmöglich“ kennen, wurde deshalb nicht lange theoretisierend, sondern nüchtern und kühl überlegend an die Lösung der Aufgabe herangegangen.

Die Angestellten säule

Die Angestellten säule der „Deutschen Arbeitsfront“ konnte bald dank der Fähigkeit und der Willenskraft ihres Führers, des Danziger Gauleiters der NSDAP, Pp. Albert Forster, M. d. R., und im Hinblick auf die zahlenmäßig geringeren Massen gebildet werden. Schwieriger mußte es naturgemäß bei den ehemaligen ADGB-Verbänden sein. Hier zeigte es sich nach deren Übernahme durch die NSBO. recht deutlich, wohin sich ein geistig innerlich totes Organi-

sationsprinzip schematisch und richtungslos beinahe nachtwanclerisch entwickeln mußte. Die Vielheit der ADGB-Verbände, selbst wenn man ihre historische und damit zwangsläufige Entwicklung bejaht, stand heutzutage in keinem vertretbaren Verhältnis mehr zur tatsächlichen wirtschaftlichen Welt. Die Technisierung unserer Wirtschaft und die damit bedingte Zerlegung der menschlichen Arbeitskraft hat bekanntlich ehemals große bedeutende Berufsgruppen fast hinweggefegt, zumindest aber außerordentlich stark reduziert. Neue Arbeitsformen entstanden. Ein ganz neuer Arbeitsprozeß deutete sich an. Diesem Neuen standen die jetzt durch unleugbares Aktenmaterial als korrupt erwiesenen Gewerkschafts-„führer“ verständnislos gegenüber. Ein unbeschreiblicher Bonzengeist verhinderte, daß längst überflüssige, zumindest aber stark an Bedeutung eingebüßte Verbände mit stärkeren und berufsgleichen Verbänden zusammengelegt wurden. Kostbare Bonzensessel, herrliche Bezüge, schöne Räume, „Studien“-fahrten usw. standen doch dann auf dem Spiel! So verschloß man sich eben vor der neuen Entwicklung (alt waren die „Herren“ Dorisitzenden inzwischen auch geworden, und neues, junges Blut kam nicht nach oben) und ließ deshalb aus Trägheit und Schlimmerem alles bis auf den heutigen Tag im alten Geleise laufen. Aber nicht nur das konnte beim näheren Hineinleuchten in die rostige Organisationsmaschinerie festgestellt werden, sondern auch die wahnsinnige Überspizung des Organisationsprinzips selbst. Die demokratische, d. h. also verantwortungslose Führungs- und Verwaltungsmethode des ADGB mußte einmal notgedrungen dahin führen. Einfachste Verwaltungsvorgänge liefen parallel oder überkreuzten sich, hoben sich schließlich gegenseitig auf und hinterließen als einziges „Ergebnis“ einen Berg fein säuberlich gehefteter Akten. So konnte beinahe der Eindruck entstehen, daß das direkt gewollt war, um Posten und Pöstchen zu schaffen. Ein Blick in verschiedene Verbandsgehaltslisten scheint uns darin recht zu geben: Gehälter in Höhe von 300 bis 350 Reichsmark für Aktenhelfer, Türaufmacher, Bürohilfskräfte usw. sind tatsächlich gezahlt worden! Wohin wir also blickten, überall die Überspizung, die Karikatur einer Organisation, der Aufbau um ihrer selbst willen und zum Überdruß noch ohne Inhalt und treibende Kraft — ein Koloß auf tönernen Füßen. Das war angeblich „die in der Organisation verankerte Macht der Arbeiterklasse“!

Die Standwerdung des deutschen Arbeiters

Damit räumen wir Nationalsozialisten endlich auf. Das Faule und Morsche muß verschwinden, um der neuen, dem wirklichen Leben angepaßten Form Platz zu machen. Wir Nationalsozialisten sagen, daß die Organisation, also der Verband, nicht Selbstzweck und anzubetender Göze, sondern nur Mittel zum Zweck, d. h. also eine notwendige Form zur künftigen Standwerdung des deutschen Arbeiters sein kann. Diesem Gedanken hat sich alles — Organisationsform, Verwaltung, verantwortliche Leitung und ausübendes Personal — restlos unterzuordnen.

Wir haben daher im Verfolg unserer grundsätzlichen Einstellung eine Revision des bisherigen Organisationsaufbaues und -schemas des ADGB. vorgenommen. Aus sehr durchdachten berufspolitischen und wirtschaftlichen Gründen haben wir daher eine glatte Halbierung der bisherigen 28 ADGB-Verbände vorgenommen. Aus 28 sind 14 Verbände geworden, zu denen noch ein völlig neuer, der die Heimarbeiter und -arbeiterinnen und das Dienst- bzw. Hauspersonal erfaßt, hinzukommt, so daß sich nunmehr die deutsche Arbeiterchaft in

15 Grundverbänden organisieren kann. Die zusammenschließende Spitze ist der „Gesamtverband der Deutschen Arbeiter“ unter Leitung des Pg. Schuhmann, M. d. R., innerhalb der „Deutschen Arbeitsfront“. Es haben sich daher folgende Verbände verschmolzen bzw. verschmelzen sich noch

in den „Deutschen Buchdrucker-Verband“

1. der „Buchbinder- und Papierverarbeiterverband“,
2. der „Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen“,
3. der „Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe“;

in den „Deutschen Baugewerksbund“

1. der „Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“,
2. der „Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.“,
3. der „Zentralverband der Schornsteinfegergesellen Deutschlands“;

in den „Deutschen Textilarbeiter-Verband“

1. der „Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband“,
2. der „Deutsche Hutarbeiterverband“;

in den „Deutschen Landarbeiter-Verband“

der „Allgemeine Melkerverband Deutschlands“;

in den „Deutschen Metallarbeiterverband“

der „Zentralverband der Maschinisten und Heizer“;

in den „Deutschen Lederarbeiter-Verband“

1. der „Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuille“,
2. der „Zentralverband der Schuhmacher“;

in den „Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband“

der „Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféeangestellten“.

15 Grundverbände

An Grundverbänden bestehen nunmehr der

- Verband der Bauarbeiter,
- Verband der Bergbauarbeiter,
- Verband der Buchdrucker,
- Verband der Eisenbahner,
- Verband der Fabrikarbeiter,
- Verband der Holzarbeiter,
- Verband der Landarbeiter,
- Verband der Metallarbeiter,
- Verband der Textilarbeiter,
- Verband der Tabakarbeiter,
- Verband der Steinarbeiter,
- Gesamtverband,
- Verband der Lederarbeiter,
- Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter,
- Verband der Heimarbeiter und Dienstpersonal.

Mit der Schaffung dieser Grundverbände haben sowohl der ADGB, an sich als auch die heute nicht mehr zu rechtfertigende Vielheit seiner Verbände ein für allemal das Zeitliche gesegnet. Die alte Form ist damit für immer tot.

Natürlich ist es nicht der Zweck des Nationalsozialismus, starre, leblose, übergroße Zentralverbände zu schaffen, ohne diesen inneres und damit fruchtbringendes Leben einzuhauchen. Dieses Leben kann nur gedeihen, wenn die mannigfaltigen Berufsarten und -sparten, die in einem großen Verband erklärlicherweise vorhanden sind, voll zur Geltung kommen und außerdem eine völlige Selbstverwaltung gewährleistet wird. Beides ist der Wunsch und Wille des Nationalsozialismus. Darum sieht der neue Organisationsaufbau bei den Grundverbänden die Schaffung möglichst vieler sogenannter „Fachschaften“ vor, in denen organisch die verschiedenen Berufsarten bzw. -sparten des Hauptberufes eingegliedert werden, um der Eigenart des Berufes sowohl hinsichtlich der weiteren Pflege und Ausbildung als auch nach der wirtschaftlichen Seite hin (Lohn, Arbeits-, Urlaubszeit usw.) gerecht zu werden.

Selbstverwaltung ist oberstes Prinzip, um die Freude und Verantwortung am gemeinsamen Werk zu wecken. Der Staat wird nur dann eingreifen, wenn er unbedingt muß. Wir können heute schon versichern, daß er das überhaupt nicht braucht, weil unsere künftige Erziehungsarbeit die Verantwortungsfreudigkeit auf einen noch nie in der Arbeiterschaft vorhanden gewesenen Grad bringen wird.

Mit der Schaffung dieses „Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter“ in der „Deutschen Arbeitsfront“ ist natürlich unsere Arbeit noch nicht erschöpft. Es werden noch Wochen und Monate vergehen, bis die Einschmelzung folgerichtig und völlig organisch bis zur kleinsten Zelle herab durchgeführt ist. Als zweite große Aufgabe steht uns dann die planmäßige und ebenfalls organische Überführung der Christlichen Gewerkschaften in die neuen 15 Grundverbände bevor. Sie müssen gleichfalls zu den neuen großen Heerführern der Arbeiter stoßen, um gemeinsam am großen Werk zu bauen. Das,

was bei den Christlichen Gewerkschaften gut und wertvoll ist, wollen wir keineswegs ignorieren noch zerstören, sondern für den großen Aufbau nutzbar machen. Auch personell sind wir bereit, alle die, die guten Willens sind, also den Nationalsozialismus nicht nur als reale politische Macht, sondern ihn auch langsam als die tragende geistige Idee und Weltanschauung des 20. Jahrhunderts und der weiteren Zukunft anerkennen, führend in den Dienst der neuen Aufgabe zu stellen. Schließlich wird es dann unsere dritte Aufgabe sein, nach der Eingliederung der Christlichen Gewerkschaften den Rest der organisierten Arbeitnehmer, z. B. Hirsch-Dunkerische Gewerksvereine, Wirtschaftsfriedliche, Sonstige) dem „Gesamtverband der Deutschen Arbeiter“ in der „Deutschen Arbeitsfront“ einzufügen.

Das ganze schaffende Deutschland in der Deutschen Arbeitsfront

Die letzte und größte organisatorische Tat dürfte dann die restlose Erfassung aller (auch zurzeit arbeitslosen) Werktätigen, also bisher Unorganisierten sein. Auch sie gehören in die „Deutsche Arbeitsfront“, denn künftig gilt nur der etwas im neuen Deutschland, der im Besitz des

Staatsbürgerrecht

ist. Die Verleihung dieses so wichtigen Staatsbürgerrechts, welches regelrecht verdient werden muß, ist aber abhängig von der Zugehörigkeit zu einer Organisation der „Deutschen Arbeitsfront“.

Mit der Erfassung des letzten deutschen Werktätigen krönen wir unsere große organisatorische Arbeit. Darum ist nichts törichter, ja beinahe wirtschaftlicher Selbstmord, als wenn Nichtklarsiehende die Verbände verlassen. Sie machen sich und ihre Familien unglücklich. Denn darüber besteht wohl kein Zweifel, daß später nur der Arbeit erhalten kann, der Mitglied der „Deutschen Arbeitsfront“ ist.

Der Nationalsozialismus verankert sich immer mehr im Volke!

Damit haben wir im großen alles, was bisher in Deutschland gewerkschaftlich bzw. nicht organisiert war, einheitlich erfaßt und zusammengeschweißt. Gewiß, es sind Menschen mit noch stark widerstrebenden Empfindungen untereinander und — wir leugnen es nicht — auch oftmals gegen die neuen Leiter. Das ist auch bei der Betrachtung der sich beinahe tagtäglich vollziehenden gigantischen revolutionären Umwälzung unseres staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Lebens menschlich völlig verständlich. Jedoch wie es unmöglich ist, schon heute und morgen diese widerstrebenden, geistig völlig falsch und gegensätzlich orientierten Menschen zum Nationalsozialismus zu erziehen, so ist es ebenfalls gänzlich unmöglich, den am 30. Januar d. J. zur enögütigen und unabhängigen Herrschaft angetretenen neuen staatlichen Zustand etwa lächerlicher Weise zu ignorieren, ja vielleicht verwegenermaßen praktisch in irgendeiner Form aktiv zu bekämpfen! Das letzte wäre, darüber besteht wohl auch im letzten Winkel Deutschlands restlose und illusionslose Klarheit, hellster Wahnsinn. Mit jedem Tag, mit jeder Stunde, ja mit jeder Minute wird das nationalsozialistische Regime mehr und mehr machtpolitisch verankert, und keiner sollte darüber so froh sein wie gerade der deutsche Arbeiter! Denn diese Machtverankerung sichert ihm erst seine Zukunft, die wir etappenmäßig glücklicher als bisher gestalten wollen. Schon nach einem Jahr werden Hunderttausende in der „Deutschen Arbeitsfront“ zusammengeschlossene deutsche arbeitende Menschen erkannt haben, welcher Segen die Tat des 2. Mai war. Und nach einem weiteren Jahr werden es 1 bis 2 Millionen sein, bis schließlich eines Tages das ganze arbeitende Volk im Nationalsozialismus das Glück und die Zufriedenheit, aber auch die Kraft und die Macht gegen alle Feinde unserer Nation sieht!

Aufruf zur Unterstützung der Stiftung für die Opfer der Arbeit.

Die nationalsozialistische Revolution ist wie ein Frühlingsturm durch die deutschen Lande gebraust. Veraltete und vermoderte Anschauungen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens sind zusammengebrochen wie ein Kartenhaus. An Stelle des alten Kasten- und Klassegeistes bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß nun durch den festen Zusammenschluß aller deutschen Arbeiter der Stirn und der Faust die Rettung Deutschlands heraufgeführt werden kann.

Durch die Botschaft unseres Führers, des Volkshanklers Adolf Hitler, auf dem Kongreß der Deutschen Arbeitsfront haben wir die Gewißheit erlangt, daß die Sehnsucht der besten Deutschen in Erfüllung geht, daß endlich dem deutschen Handarbeiter in unserem Volke der Ehrenplatz gegeben wird, der ihm gebührt. Als eine lebensnotwendige Säule

soll er Träger des neuen Staates werden. Jeder, der treu und redlich seine Arbeit verrichtet, soll die gleiche Ehre genießen, ohne Ansehung des Arbeitsplatzes, auf dem er zufällig steht.

Ein großes Unrecht ist dadurch wieder gutgemacht, das gerade den Handarbeiter in der Vergangenheit traf. Wie mancher hat in treuer Pflichterfüllung in Betriebe Leib und Leben hingegeben, und wie selten erklang das Lied vom braven Mann. Nicht Ehrung, sondern Unbarmherzigkeit war nur zu oft der Lohn, der die Opfer oder deren Hinterbliebenen traf. Um so freudiger hören wir darum den hochherzigen Aufruf unseres Führers zu einer Stiftung für die Opfer der Arbeit.

Wir wenden uns mit Recht gerade an unsere Mitglieder der NSBO., die ihr aus eigener Anschauung die Gefahren kennt, die den Handarbeiter bei seiner Tätigkeit über, auf oder unter der Erde oder im Wasser bedrohen. Wir rufen euch zu, setzt euren bewährten Kampfgeist ein für diese edelste Ehrenaufgabe, die wir den Kameraden gegenüber zu erfüllen haben, die auf dem Kampffeld der Arbeit zusammengebrochen oder geblieben sind. Ein jeder mache Propaganda für diese Stiftung. Tragt euer Wissen von den Gefahren im Betriebe hinaus unter die Volksgenossen, die aus eigener Anschauung eure Gefahrenbetriebe noch nicht kennen, die aber alle die Einsicht haben sollen, daß wir Deutsche alle eine Schicksalsgemeinschaft darstellen.

Wir Nationalsozialisten haben die Selbstverantwortung immer als obersten Leitstern unseres Handelns betrachtet. Nie haben wir die Hände in den Schoß gelegt und tatenlos auf das große Wunder gewartet, das uns die Rettung ohne unser Zutun bescherte.

So wollen wir auch jetzt als Mitglieder der NSBO. uns an die Spitze dieses Hilfswerkes stellen und mit aller Kraft werbend eintreten für

„die Stiftung für die Opfer der Arbeit“.

Es gilt das Wohl unserer Kameraden, die ein Opfer der Arbeit wurden, es gilt, eine Ehrenpflicht zu erfüllen gegenüber den Hinterbliebenen dieser Helden.

gez. W. Schuhmann, M. d. R.

An die Deutschen Arbeitgeber.

Wir werden fortlaufend und in kürzester Form soziale Probleme erörtern, für deren Lösung wir in erster Linie die Arbeitgeberkreise in Anspruch nehmen müssen, die gleich uns mit dem Herzen am Aufbau des neuen Staates beteiligt sind.

Im Rahmen ihres großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms hat die Regierung auch Maßnahmen vorgesehen, die sich auf bevölkerungspolitischen Gebieten in der günstigsten Weise auswirken müssen. In großem Umfange werden wieder weibliche Arbeitskräfte in die hauswirtschaftlichen Betriebe hineinströmen. Diese Auswirkung kann wesentlich beschleunigt werden, wenn an Stelle junger Mädchen oder Frauen, die nicht unbedingt auf den Erwerb angewiesen sind (Doppelverdiener u. a.), in den Kontoren und Läden fachlich geschultes männliches Personal eingestellt wird. Gerade der Beruf der kaufmännischen Angestellten leidet in hohem Maße unter der großen Arbeitslosigkeit, und die Stellenvermittlungen der Gesamtverbände der Angestelltenverbände angeschlossenen Organisationen sind ohne weiteres in der Lage, auch den stärksten Anforderungen zu entsprechen. In diesem Zusammenhange muß freilich an einen erheblichen Teil der jüngeren männlichen Kräfte die ernste Mahnung gerichtet werden, insbesondere die Zeit der Stellenlosigkeit für die Weiterbildung im Berufe zu benutzen und sich die Kenntnisse der Stenographie und des Maschinenschreibens unbedingt anzueignen.

Das Sozialamt wird es sich jedenfalls aneignen sein lassen, mit steigendem Nachdruck dahin zu wirken, daß die weibliche Kraft nicht ihrer Billigkeit wegen bevorzugt wird, sondern gleiche Bezahlungen für gleiche Leistungen allenthalben Platz greifen.

Wir haben ferner beobachtet, daß stärkste Hochkonjunktoren vorübergehender Art nur selten zu Neueinstellungen von Arbeitskräften Veranlassung geben. Lieber wird das vorhandene Personal bis zur äußersten Grenze menschlicher Leistungsfähigkeit durch Überstunden in Anspruch genommen. Das war z. B. vielfach bei der Bereitstellung des ungeheuren Bedarfs an Fahnenmaterial der Fall, der in den letzten Monaten zu verzeichnen war. Für den Betriebsleiter ist es natürlich bequemer, geschulte Kräfte verstärkt zu beschäftigen, als sich mit Aushilfen „herumzuergern“, wie die landläufige Ausrede gern lautet. Nach Gesichtspunkten der Bequemlichkeit kann aber der Aufbau des Staates und der Wirtschaft nicht geregelt werden, und Mehrarbeit, die da und dort erfreulicherweise einsetzt, kann bei

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 18. bis 24. Juni ist der 25. Wochenbeitrag fällig. Kontrolliere jeder an Hand der nummerierten Markensfelder in den Mitgliedsausweisen seine Beitragsleistung!

Dringend gewarnt wird vor der Aufgabe der Mitgliedschaft. Die Zugehörigkeit zur NSBO. ersetzt nicht die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften! Darum verbleibe jeder Holzarbeiter im Verbandsamt, darum erwerbe jeder unorganisierte die Mitgliedschaft durch den Beitritt zu unserem Berufsverband.

einer zweckmäßigen Mischung von geschultem und einzuschulendem Personal ohne nennenswerte Reibung geleistet werden.

Wir erwarten daher, daß man sich bei etwaigem Bedarf stets der arbeitslosen Volksgenossen erinnert. Adolf Hitler und seine Bewegung verfolgen und registrieren genau, wer im Arbeitgeberlager das große Ziel der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ernsthaft ins Auge faßt und wer nicht

Deutsche Arbeitsfront
Amt für soziale Fragen
gez.: Stöhr, M. d. R.

Rundschau.

Von der deutschen Bleistiftindustrie

Weltbekannt sind nicht nur Erzeugnisse der deutschen Metall- und chemischen Industrie. Diese sind zwar meist mit den Namen bedeutender Industriekapitäne und großen Forschern von Rang und Klang verbunden, genießen aber kaum die gleiche Volkstümlichkeit wie der unscheinbare Bleistift. Als Schreibgerät in der ganzen Welt bekannt und gebraucht, trägt er den deutschen Namen in fernste Erdenwinkel, und seine Herstellung erforderte in der Heimat große, ausgedehnte Werksanlagen. Man muß in Süddeutschland, vor allem in Nürnberg, diese Fabriken und Anlagen gesehen haben, um sich ein Bild von der Bedeutung dieses täglich gebrauchten, unscheinbaren Schreibgerätes vorzustellen.

Die ersten Anfänge der Bleistiftfabrikation in Nürnberg werden bereits in einem im Jahre 1596 erschienenen Buch des Italiener Caesalpinus erwähnt. Aus der Mitte des 17. Jahrhunderts haben sich urkundliche Belege über die ersten Nürnberger „Bleisweiß-Stefftmacher“ gefunden. Seit dieser Zeit ist die Bleistiftherstellung in Nürnberg ununterbrochen ausgeübt worden. Es zeigt sich auch hier wie in anderen Nürnberger oder fränkischen Spezialerzeugnissen die besondere Eignung dieses Menschenschlages zu feiner und hochentwickelter handwerklicher Tätigkeit. Als es dann um das Jahr 1800 gelang, Graphit mit Ton zu binden, um so Bleistifte in verschiedenen Härtegraden herzustellen, war ein entscheidender Fortschritt in der Bleistiftherstellung erzielt, der für die Folgezeit ausschlaggebend sein sollte. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgte der Übergang von der Form handwerksmäßiger Herstellung zu der Form des Fabrikbetriebes. Von da an eroberte sich die Nürnberger Bleistift-Industrie Absatzgebiete auf dem ganzen Weltmarkt.

Um die Wende des 20. Jahrhunderts wuchsen Frankreich, Österreich und insbesondere Amerika zu schwerer Konkurrenz heran. Der Weltkrieg bedeutete durch die Abschürfung sowohl vom größten Teil der Absatzgebiete wie auch von der Zufuhr des Zedernholzes und des Graphits, also der wichtigsten Rohmaterialien, eine starke Einbuße. Tatkräftig die Schwierigkeiten bekämpfend, konnte aber die Nürnberger Bleistiftindustrie im wesentlichen ungebrochen die Kriegs- und Nachkriegszeit, besonders die Inflation überwinden und auch die unterbrochenen Beziehungen zum Ausland größtenteils wieder aufnehmen.

Die Pflege des Exportgeschäfts ist für die deutsche Bleistift-Industrie um so wichtiger, als das Inland nur etwa 30 v. H. der deutschen Bleistiftproduktion aufzunehmen vermag. Die Behauptung der Auslandsmärkte wurde nach dem Kriege immer schwieriger, als zahlreiche Länder, die vor dem Kriege noch keine eigene Bleistiftindustrie besaßen, zu Errichtung eigener Fabriken übergingen und mit ihren Erzeugnissen nicht nur ihre Inlandsmärkte, sondern auch den Weltmarkt zu besetzen begannen, so Rußland, Tschecoslowakei, Polen, Ungarn, Österreich, Schweiz, Rumänien, Brasilien, Mexiko und andere Länder. Diese Entwicklung wurde dadurch ermöglicht, daß deutsche Bleistiftmaschinen-Fabriken die zur Bleistiftfabrikation nötigen Maschinen lieferten und sogar Facharbeiter zur Verfügung stellten.

Unmehrer wird fast überall im Auslande die nationale Bleistiftindustrie durch besondere Regierungsmaßnahmen geschützt. In

manchen Ländern können nur noch die teuersten und hochwertigsten Sorten der deutschen Bleistift-Industrie eingeführt werden, weil dort Erzeugnisse von solcher Feinheit noch nicht hergestellt werden können.

Wenn es gleichwohl gelungen ist, die Vorkriegsausfuhrziffern annähernd wieder zu erreichen, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die deutsche Bleistift-Industrie im Interesse der Erhaltung ihrer Absatzgebiete in die Preise der übrigen Konkurrenzländer eingetreten ist, daß die deutsche Ware immer noch qualitativ besser ist als die fremde, und daß die deutsche Industrie ihre Betriebe, soweit es möglich war, durchrationalisiert hat. Die Überproduktion auf dem Weltmarkt hat aber naturgemäß dazu geführt, daß in der Bleistift-Industrie ein Konkurrenzkampf entbrannt ist, bei dem vielfach mit Verluſtpreisen gearbeitet wird.

Die zahlreichen Bestrebungen, die von den einschlägigen Organisationen zur Gesundung der Verhältnisse eingeleitet wurden, haben bisher leider noch keine wirklich durchgreifenden Erfolge aufzuweisen. In den letzten Jahren hat nun auch noch die allgemeine Weltkrise in schärfster Weise eingegriffen, und die in ihrem Gefolge in vielen der wichtigsten Exportländer der Bleistift-Industrie eingeführten Devisenzwangmaßnahmen haben das ihrige getan, um den Lebenskampf der bodenständigen deutschen Bleistift-Industrie weiter zu erschweren. Wenn sich nun hier und da Anzeichen bemerkbar machen, die auf eine allmähliche Überwindung der Weltkrise hindeuten, verbindet die deutsche Bleistift-Industrie, die noch immer zu etwa 70 v. H. Exportindustrie ist, damit den besonderen Wunsch, daß es endlich durch internationale Regelungen gelingen möge, die übersteigerten Zölle auf ein erträgliches Maß zurückzuführen und damit wieder einen Warenaustausch in wirtschaftlich gesunden Formen zu ermöglichen.

Wenn auch vielleicht auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz in dieser Hinsicht noch nicht allzu große Hoffnungen gesetzt werden dürfen, so darf doch die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß die wirtschaftliche Vernunft unter den Völkern der hochentwickelten deutschen Bleistift-Industrie den ihr zukommenden Anteil am internationalen Warenaustausch wieder sichert.

Die elektrische Stichsäge

Ein neues, sehr handliches und praktisches Elektrogerät ist die elektrische Stichsäge. Sie dient zum Ausschneiden der verschiedenartigsten Figuren, von Buchstaben, Schildern und Schriftsätzen, von Formen aller Art aus Pappe, Holzstoff, Furnierholz, Karton usw., Figuren, wie sie etwa für Schaufensterdekorationen in Ladengeschäften und Warenhäusern gebraucht werden oder als Kullissen und Attrappen für Filmateliers oder Theater. Auch Furnierholzteile können in Möbelschreinereien und ähnlichen Werkstätten mit diesem Werkzeug geschnitten werden, das sogar im Flugzeug- bzw. Segelflugzeugbau Verwendung finden kann.

Die elektrische Stichsäge wird durch einen 35-Watt-Elektromotor in Aluminiumgehäuse angetrieben, der an jede Lichtleitung angeschlossen werden kann. Der mit Kugellagerung ausgestattete Motor ist so leicht (nur 2½ Kilogramm), daß er, mit Hilfe eines Tragegurtes, auf dem Rücken des Arbeiters getragen werden kann, falls er nicht an einem Wandhaken hängt oder auf dem Tisch liegt. Die Kraftübertragung zum eigentlichen Schneidhandstück erfolgt durch eine biegsame Welle. Das Schneidhandstück sieht ähnlich aus wie ein elektrischer Tonabnehmer einer Sprechmaschine; es enthält eine Stichsäge in Form eines kleinen Messers, das eine sehr schnelle hin und her gehende Bewegung ausführt. Diese Bewegung, in Verbindung mit einem Anschlag, ermöglicht ein leichtes Ausschneiden von Sperrholz oder Pappe und anderen Stoffen. Das Stichtmesser ist auf beiden Seiten gezahnt, so daß es vor- und rückwärts schneiden kann, ohne dabei, etwa beim Ausschneiden von Blättern, absetzen zu müssen.

Sehr einfach ist auch das Auswechseln des kleinen Sägeblattes nach der Abnutzung. Das Ausschneiden auch komplizierter Konturen geht mit dieser elektrischen Freihandsäge viel rascher als etwa das Ausschneiden mit einer gewöhnlichen Handsäge oder das Ausschneiden mit einer Schere — wo das möglich ist — oder das Ausmeißeln. Der Schnitt ist bei dieser Arbeit vollkommen sauber und glatt.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Lockerung des Kündigungsschutzes

Nach Art. II des Reichsgesetzes vom 4. April 1933 ist das Einspruchsrecht des § 84 BRG. aufgehoben für solche Fälle, in denen die Kündigung eines Arbeitnehmers mit dem Verdacht staatsfeindlicher Einstellung begründet wird. Während nach Art. I § 2 des Gesetzes vom 4. April 1933 Betriebsratsmitglieder ihres Amtes enthoben werden können, wenn sie in staats- oder wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt sind, tritt der Fortfall des Kündigungsschutzes aus

§ 84 BRG. nur dann ein, wenn es sich um den Verdacht staatsfeindlicher Einstellung handelt. Trotzdem aber enthält diese Anordnung einen außerordentlich weitgehenden Eingriff in den bisherigen Kündigungsschutz des BRG. Allerdings war in Tendenzbetrieben ein Einspruch aus § 84, Ziffer 1 BRG. nach der Bestimmung des § 85 BRG. auch schon in früherer Zeit nicht möglich. Die Neuregelung erstreckt sich aber nicht nur auf Tendenzbetriebe, sondern auf alle Betriebe, und sie befreit für den Fall, daß die Kündigung mit dem Verdacht staatsfeindlicher Einstellung begründet wird, nicht nur das Einspruchsrecht aus § 84, Ziffer 1, sondern jede Einspruchsmöglichkeit, also auch die des Hinweises auf unbillige Härte.

Die Rechtslage des von einer solchen Kündigung betroffenen Arbeitnehmers ist vor allen Dingen deshalb sehr ungünstig, weil ihm weder die tatsächliche staatsfeindliche Einstellung noch die Rechtfertigung des Verdachtes einer solchen Einstellung nachgewiesen zu werden braucht. Schon der Umstand, daß der Arbeitgeber einen solchen Verdacht als Kündigungsgrund angibt, schaltet die Möglichkeit der Berufung auf das Betriebsrätegesetz aus. Auch eine Entscheidung des Arbeitsgerichts gibt es hier nicht. Der einzige Rechtsschutz, den der Arbeitnehmer in einem solchen Falle hat, ist die Anrufung der obersten Landesbehörde — in Reichsbetrieben der obersten Reichsbehörde — oder der von dieser bestimmten Behörde. Diese Anrufung kann schriftlich oder mündlich erfolgen, ist jedoch an die Frist von einer Woche gebunden. Erster Tag dieser Frist ist der auf den Zugang der Kündigung folgende Tag. Die zuständige Behörde entscheidet dann „nach Anhörung der Beteiligten“, ob der Verdacht staatsfeindlicher Einstellung begründet ist. Derneint sie dies, so gilt die Kündigung als zurückgenommen.

Hierzu sind bisher folgende Ausführungsbestimmungen ergangen: In Preußen sind für die Entscheidung über die Zulässigkeit einer solchen Kündigung zuständig:

- 1. der Preussische Minister des Innern,
- 2. die Polizeibehörden,
- 3. die Fachminister für die ihnen unterstellten Zweige der Staatsverwaltung.

(§ 2 und 3 der VO. vom 12. April 1933.)

Diese Behörden haben „nach den Umständen des einzelnen Falles und unter Berücksichtigung der Eigenart des Betriebes zu prüfen, ob der Arbeitnehmer lediglich wegen Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Organisation oder zu einer freien Gewerkschaft oder wegen nichtarischer Abstammung einer staatsfeindlichen Einstellung verdächtig ist“. (Runderlaß des Preussischen Innenministers vom 12. April 1933.) Daraus ergibt sich, daß in diesen Fällen eine genaue Prüfung der Sachlage erforderlich ist und sich aus der Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Organisation oder zu einer freien Gewerkschaft oder aus nichtarischer Abstammung noch nicht ohne weiteres der Verdacht staatsfeindlicher Einstellung ergibt.

In Sachsen sind zuständig die Amtshauptmannschaften; in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau die Kreishauptmannschaften. Besondere Richtlinien werden noch erlassen. Jedoch ist angeordnet, daß aus allen öffentlichen und lebenswichtigen Betrieben die staatsfeindlich eingestellten Arbeiter und Angestellten entlassen werden müssen (Art. II der Säch. VO. vom 8. April 1933, Säch. Verwaltungsblatt S. 229).

Man kann nicht dringend genug darauf hinweisen, daß die neuen Bestimmungen über die weitgehende Auflockerung des Kündigungsschutzes zuungunsten staatsfeindlicher Elemente im Interesse des Staates und nicht im Interesse der Arbeitgeber geschaffen worden sind. Die zuständigen Stellen werden die Aufgabe haben, darüber zu wachen, daß die neuen Kündigungsmöglichkeiten nicht von liberal-kapitalistischen Kreisen mißbraucht werden, um solche Betriebsratsmitglieder zu entfernen, die den Mut zur sachlichen Vertretung berechtigter Arbeitnehmerforderungen sich auch heute noch bewahrt haben.

la Hobelbänke, beste südd. Ausführung. Blatt und Gestell aus erstklassigem, gedämpftem, trockenem Buchenholz mit Stahlspindeln. Blattlänge bis zu 2,20 Meter zum Reklamepreis von RM 54.— per Stck.
Willi Menz, Hobelbankfabrikation, Reulbach, Post Tann (Rhön)

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vierteljährliche Anzeigenliste 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Reklamation und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf 515 46. — Redaktionschluss im Samstag-Mittag.

Der „Solgarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Solgarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 713 93/11.